

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 27.01.2020 um 14:30 Uhr
Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	39

Und zwar

Vorsitzende/r

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Brigitte Freihold

Herr Frank Fremgen

Herr Jürgen Hartmann

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Florian Kircher

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Herr Ralf Müller

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Bernd Schwarz

Herr Stefan Sefrin

Herr Tobias Semmet

Frau Annette Sheriff

Herr Berthold Stegner
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Herr Heinrich Wölfling
Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Stephanie Clauer
Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Frau Iris Brandt
Frau Stefanie Huber
Herr Hagen Hürter
Frau Annette Legleitner
Herr Oliver Minakaran
Frau Monika Pleyer
Herr Karsten Schreiner
Herr Maximilian Zwick

Abwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Deny
Herr Hartmut Kling
Frau Helga Knerr
Frau Uschi Riehmer
Herr Sebastian Tilly

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Er führt aus, die heutige Ratssitzung finde am 27.01 statt, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Er wolle den Ratsmitgliedern deshalb vor Eintritt in die Tagesordnung die Möglichkeit geben, den Opfern in einer Schweigeminute zu gedenken. Außerdem wolle er auf die Veranstaltung von Frau Streppel –Arbeitskreis Geschichte der Juden in Pirmasens, am 28.01.2020 um 18 Uhr im Saal der Lutherkirche “75 Jahre Auschwitz, was haben wir gelernt?” aufmerksam machen.

Sodann erhebt sich der Rat zur Schweigeminute.

Der Vorsitzende leitet zur Tagesordnung über und fragt an, ob es Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Ratsmitglied Fremgen bittet, den Tagesordnungspunkt 3 “Resolution Kommunalreform” von der Tagesordnung abzusetzen, da noch kein Gutachten vorliege.

Der Vorsitzende teilt mit, mit allen betroffenen Städten sei abgesprochen, dass über die Resolution zeitnah abgestimmt würde. Im Nachgang könnte nochmals über die Resolution gesprochen werden, jedoch müsste jetzt der Stadtrat seine Position beziehen.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, im heutigen Beschluss gehe es nicht um den Inhalt, denn dies sei ein Appell an die Landespolitik.

Der Stadtrat lehnt mit 8 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen, mehrheitlich den Antrag den Tagesordnungspunkt 3 von der Tagesordnung abzusetzen ab.

Der Stadtrat beschließt sodann die folgende

Tagesordnung:

1. Markt und Standort Beratungsgesellschaft mbH –
Vorstellung des Einzelhandelsgutachters

2. Unterrichtung des Stadtrates über Verträge der Stadt mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie städtischen Bediensteten nach § 33 Abs. 2 GemO
3. Resolution Kommunalreform
4. Wahlen
 - 4.1. Wahl für das Kuratorium der Dr. med. Klaus Wolf-Stiftung
5. Änderung der Geschäftsordnung des Seniorenbeirats
6. Feststellung von Kostenvoranschlägen
 - 6.1. Ausbau der Hohmärtelstraße
 - 6.2. Kanalumbau Karl-Theodor-Straße
7. Anträge der Fraktionen
 - 7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 20.12.2019 bzgl. "Uniklinikum Pirmasens"
 - 7.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 11.01.2020 bzgl. "Trinkwasserbrunnen aufgrund der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft"
 - 7.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 11.01.2020 bzgl. "Trinkwasserbrunnen aus dem Grundwasser"
 - 7.4. Antrag der FWB-Stadtratsfraktion vom 15.01.2020 bzgl. "Einrichtung eines Audio-guide mit dazugehöriger App"
 - 7.5. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 17.01.2020 bzgl. „Erstellung Konzept / Vorstudie zur Einführung einer City App für die Stadt Pirmasens“
 - 7.6. Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI vom 17.01.2020 bzgl. „Energieeffizienz und Klimaschutz in der Bauleitplanung“
 - 7.7. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 28.01.2019 bzgl. "Verbesserung des gastronomischen Angebots in der Fußgängerzone"
 - 7.8. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.08.2019 bzgl. "stationäre Gastronomie im Strecktalpark"
8. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 1 Markt und Standort Beratungsgesellschaft mbH - Vorstellung des Einzelhandelsgutachters

Herr Lingen stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) sich und die Standortentwicklung in der Stadt Pirmasens vor.

Der Vorsitzende erklärt, die Stadt habe eine positive Entwicklung durch die geplante Schuhstadt, allerdings sei das Outlet Zweibrücken schlecht für diese Entwicklung. Auch sei die Erweiterung des Outlet gegen den Landesentwicklungsplan. Des Weiteren werde in einer der nächsten Stadtratssitzungen ein Sachstandsbericht bezüglich Schuhstadt erfolgen.

Ratsmitglied Eyrisch teilt mit, in der Präsentation sei aufgezeigt, dass die Markt und Standort Beratungsgesellschaft mbH unter anderen Standortanalysen für die Firma Möbel Martin erstelle. Deshalb stelle sich die Frage, wie mit den gegensätzlichen Interessen umgegangen werde.

Herr Lingen teilt mit, die Entscheidung in Zweibrücken sei gefallen und die Firma Möbel Martin dürfe erweitern, da das Gutachten vorhanden sei.

Ratsmitglied Eyrisch fragt an, ob die Gutachten von Möbel Martin und der Stadt Pirmasens getrennt voneinander bearbeitet worden seien, eventuell durch unterschiedliche Mitarbeiter.

Herr Lingen schildert, diese würden neutral von unterschiedlichen Mitarbeitern begutachtet.

Ratsmitglied Hussong erklärt, er erwarte eine klare Positionierung der Interessenvertretung. Auch stehe man, bezüglich der Schuhstadt, in einer größeren Konkurrenz mit Hauenstein als mit dem Outlet in Zweibrücken, da in Hauenstein bereits ein Schuhoutlet vorhanden sei. Er fragt an, wie die weitere Planung erfolgen würde, da durch eine Erweiterung des Outlets um rund 50 Stores auch das Sortiment erweitert würde.

Herr Lingen zeigt auf, zurzeit werde bereits innenstadtrelevantes Sortiment angeboten. Bei den 50 neuen Stores handle es sich um nicht innenstadtrelevantes Sortiment, das für die Innenstädte kein Problem darstelle.

Ratsmitglied Hussong fügt hinzu, Hauenstein sei bereits eine Konkurrenz, durch die Erweiterung des Outlets komme eine zusätzliche Konkurrenz hinzu.

Herr Lingen stellt fest, gegen die Erweiterung des Outlets solle weiterhin vorgegangen werden, da eine zusätzliche Konkurrenz schädlich für die Schuhstadt sei.

Der Vorsitzende teilt mit, bei einem Interessenkonflikt solle hier ganz klar für die Stadt Pirmasens eingetreten werden.

Herr Lingen fügt hinzu, der Einzelhandelsberater vertrete die Stadt Pirmasens, aber bei einem Zielabweichungsverfahren würde dieses immer neutral begutachten werden.

Ratsmitglied Hussong schildert, als Anwalt könnte man beim Anschein von einem Interessenkonflikt nicht beide Personen vertreten. Deshalb solle die Markt und Standort Beratungsgesellschaft mbH nicht mit Zweibrücken zusammen arbeiten.

Ratsmitglied Wölfling schlägt vor, einen Runden Tisch zu organisieren und dort einen gemeinsamen Termin mit Herrn Lingen zu vereinbaren.

Ratsmitglied Dr. Matheis erklärt, im Outlet Center Zweibrücken gehe es nicht ausschließlich um Schuhe, es gehe um die gesamte Erweiterung, die zur Sortimentserweiterung führe. Da sich das Outlet Zweibrücken nicht an den Landesentwicklungsplan halte, müsste ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt werden.

Ratsmitglied Sheriff teilt mit, seit vielen Jahren bestehe ein Einzelhandelskonzept für die Mittelstädte. Nun sollten kreative Ideen entwickelt und versucht werden, die Innenstädte zu stärken und zu erhalten.

Herr Lingen schildert, die Strukturen in den Mittelständen würden sich verändern und auch die Einzelhandelsbetriebe gingen zurück. Auch das Kaufverhalten sowie der Konsum würden sich ändern. Deshalb müssten die Verbraucher in die Innenstädte gebracht werden.

Sodann bedankt sich der Vorsitzende bei Herrn Lingen für den Vortrag.

zu 2 Unterrichtung des Stadtrates über Verträge der Stadt mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie städtischen Bediensteten nach § 33 Abs. 2 GemO
Vorlage: 0929/I/10.1/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 16.01.2020.

Ratsmitglied Schwarz fragt an, ob alle Verträge mit Mitarbeitern aufgelistet seien, da Herr Mark Schlick am Neujahrsempfang gebucht worden sei und dieser nicht auf der Übersicht stehe. Er bittet um Prüfung.

Der Stadtrat nimmt von der Vorlage (siehe Anlage 2 zur Niederschrift), vom 16.01.2020, über die im vergangenen Jahr mit Rats- und Ausschussmitgliedern abgeschlossenen Verträge ohne Erinnerung zustimmend Kenntnis.

zu 3 Resolution "Für Demokratie und kommunale Selbstverwaltung"
Vorlage: 0931/I/10.1/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 16.01.2020.

Der Vorsitzende teilt mit, Herr Kirsch sei am 11.11.2019 im Stadtrat gewesen und habe über die Kommunalreform berichtet.

Ratsmitglied Eschrich schildert, er lehne die Einkreisung ab, jedoch sei der Tenor zu schwach.

Der Vorsitzende verliest daraufhin den Änderungsantrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI (siehe Anlage 3 zur Niederschrift). Darauf schlägt er vor, in dem Änderungsantrag den Abschnitt "Profilierungsgehebe im Umland zu streichen".

Ratsmitglied Eschrich erklärt, mit diesem Abschnitt seien die gleichwertigen Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land gemeint.

Der Vorsitzende teilt mit, die Stadt Pirmasens fungiere als Mittelzentrum der Versorgung.

Ratsmitglied Eschrich erläutert, diese zentrale Funktion solle auch zukünftig bestehen, denn es gehe hier um die Stärkung der Städte.

Ratsmitglied Eyrisch schlägt vor, über den Änderungsantrag abzustimmen und nicht weiterhin über Formulierungen zu diskutieren.

Ratsmitglied Fremgen zeigt auf, die Resolution sei eine Aneinanderreihung von Selbstverständlichkeiten. Auch die Bürgerinnen und Bürger sollten dabei beachtet werden.

Ratsmitglied Eschrich schlägt vor, jeder solle Änderungen miteinbringen und erst dann solle darüber abgestimmt werden.

Ratsmitglied Hussong zeigt auf, bisher seien noch keine Änderungsvorschläge abgelehnt worden, weil sie den Ratsmitgliedern nicht schriftlich vorgelegt haben. Allerdings solle erst das Gutachten zur Einkreisung abgewartet werden um über die Resolution abzustimmen.

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI bei 3 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen, mehrheitlich ab.

Der Stadtrat beschließt bei 11 Enthaltungen, einstimmig:

Der Stadtrat beschließt den im Anhang befindlichen Resolutionstext „Für Demokratie und kommunale Selbstverwaltung – gegen Aushöhlung der Mitwirkungsrechte der Bevölkerung in den Städten“.

zu 4 Wahlen

zu 4.1 Wahl für das Kuratorium der Dr. med. Klaus Wolf-Stiftung Vorlage: 0930/I/10.1/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 16.01.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Für das Kuratorium der Dr. med. Klaus Wolf-Stiftung, wird als Beauftragter des Stadtrates der Stadt Pirmasens

Herr Denis Clauer

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber offen abzustimmen.
Er wählt den Vorgeschlagenen als Vertreter der Stadt im Kuratorium der Dr. med. Klaus Wolf-Stiftung.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 5 Änderung der Geschäftsordnung des Seniorenbeirats
Vorlage: 0913/II/50.2/2019

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Amtes Jugend und Soziales vom 28.11.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Geschäftsordnung des Seniorenbeirats soll wie folgt geändert werden:

Unter III. Mitglieder auf der Seite 3 soll dies als letzter Absatz hinzugefügt werden:

„Ist ein stimmberechtigtes Mitglied verhindert, so muss das verhinderte stimmberechtigte Mitglied seine Stellvertreterin bzw. seinen Stellvertreter informieren. Fehlt ein Mitglied dreimal hintereinander unentschuldigt, gilt dies als Mandatsverzicht. Nach einem unentschuldigten Fehlen wird das Mitglied von der Vorsitzenden bzw. dem Vorsitzenden auf diese Bestimmung schriftlich hingewiesen.“

Unter VI. Sitzungen auf Seite 3 soll der 2. Absatz wie folgt ergänzt werden:

„Der ordnungsgemäß einberufene Seniorenbeirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. **Fehlt ein stimmberechtigtes Mitglied, so ist das stellvertretende Mitglied stimmberechtigt.**“

zu 6 Feststellung von Kostenvoranschlägen

zu 6.1 Ausbau der Hohmärtelstraße; Feststellung des Kostenvoranschlages für den Straßenbau
Vorlage: 0923/II/66.2/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 06.01.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der Ausbau der Hohmärtelstraße erfolgt im Rahmen des Straßenausbauprogrammes 2016-2020 für die Abrechnungseinheit „Stadtgebiet im Übrigen“. Die Finanzierung erfolgt über wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen und wird über die Maßnahmen- Nummern 5416080042, 5416080099, 5416080088 und 541100.52440001 abgerechnet.
2. Die Durchführung der Maßnahme wird nach der vorgestellten Planung des Ing.-Büros Klages genehmigt und der Kostenvoranschlag mit Ergänzungen des Tiefbauamtes auf insgesamt

1.030.000,00 € brutto festgestellt.

3. Die Finanzierung der Maßnahme ist entsprechend dem Baufortschritt vorzunehmen.

zu 6.2 Kanalumbau Karl-Theodor-Straße
Feststellung des Kostenvoranschlages (Leistungsstand K3)
Vorlage: 0926/II/66.3/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 08.01.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Dem Kanalumbau in der Karl-Theodor-Straße
wird zugestimmt und der Kostenvoranschlag vom Dezember 2019 auf insgesamt

€ 800.000,00 brutto

festgestellt.

Die Verrechnung der Kosten erfolgt bei Auftragsnummer 042103 0 2260 des Sonderhaushaltes des Abwasserbeseitigungsbetriebes.

zu 7 Anträge der Fraktionen

zu 7.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 20.12.2019 bzgl. "Uniklinikum Pirmasens"

Ratsmitglied Weber stellt den Antrag gemäß dem Antragstext (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) vor. Er teilt mit, zurzeit bestehe ein großes Ärzte- sowie Bettenproblem. Durch eine Uniklinik könnten Ärzte und Menschen in die Stadt geholt werden.

Herr Forster erklärt, für eine Uniklinik seien Milliardensummen notwendig sowie ein gewisses Einzugsgebiet. Pirmasens habe eine dünn besiedelte Grenzregion mit einem Einzugsgebiet von rund 100.000 Menschen. Eine Grundvoraussetzung sei damit in Pirmasens nicht gegeben.

Die Stadt Augsburg habe ein Einzugsgebiet von 850.000 Personen. Weshalb diese drei Unikliniken angesiedelt haben.

Das Krankenhauswesen sei momentan im Umbruch und auch viele Krankenhäuser in Deutschland würden unter diesem Druck nicht überleben.

Ratsmitglied Wink schildert, in Augsburg sei eine der größten Unikliniken in Deutschland mit Investitionen in Milliardenhöhe. Pirmasens sei ein Regelversorgungs Krankenhaus mit gutem Personal, weshalb auch schwarze Zahlen geschrieben würden. Des Weiteren sei das Krankenhaus in Pirmasens eines der besten Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz.

Ratsmitglied Fremgen teilt mit, der Bedarf an Ärzten sei vorhanden, aber solch ein Bedarf sei in anderen Bereichen auch gegeben. Das Krankenhaus in Pirmasens sei hervorragend aufgestellt weshalb eine Überlegung eines Lehrkrankenhauses denkbar sei. Dies müsste jedoch im Aufsichtsrat abgeklärt werden.

Ratsmitglied Weber zeigt auf, ein Lehrkrankenhaus sei ein großer Schritt, mit dem Pirmasens weitergebracht werden könnte. Dieser Fortschritt sei gut, auch wenn kein Uniklinikum zu stande kommen werde.

Der Vorsitzende fügt hinzu, das Krankenhaus habe sich exzellent entwickelt, vor allem aufgrund vorausschauender Planung. Der Antrag sei allerdings weit weg von der Realität.

Ratsmitglied Zipf schildert, die Versorgung in den Krankenhäusern werde schlechter. Zum Beispiel sei ein Bürger in den Krankenhäusern Pirmasens und Kaiserslautern abgelehnt worden, obwohl dieser einen Verdacht auf einen Herzinfarkt gehabt habe.

Herr Forster erklärt, man solle Visionen haben, die auch gerne mit den Fraktionen besprochen werden, aber dieser Antrag sei nicht zielführend. Eine Umbruchsituation sei in ganz Deutschland vorhanden. In Dahn habe das Krankenhaus vor 15 Jahren geschlossen, das Krankenhaus in Zweibrücken vor 3 Jahren und auch das Krankenhaus in Rodalben werde schließen. Auch das Krankenhaus im Pirmasens sei an seiner Kapazitätsgrenze, weshalb Lösungen erarbeitet werden sollten.

Ratsmitglied Zipf fügt hinzu, der Grundgedanke des Antrages sei, größer für die Region zu denken und das Krankenhaus zu fördern sowie auszubauen.

Der Stadtrat lehnt den Antrag der Stadtratsfraktion AfD bei 5 Ja-Stimmen, mehrheitlich ab.

zu 7.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 11.01.2020 bzgl. "Trinkwasserbrunnen aufgrund der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft"

Ratsmitglied Weber stellt den Antrag gemäß dem Antragstext (Anlage 5 zur Niederschrift) vor.

Bürgermeister Maas erklärt, der Sommer 2018 sei ein trockener und heißer Sommer gewesen. Auch gebe es ein Teilzuschuss für solch ein Vorhaben, allerdings sollte dies in den Aufsichtsrat verwiesen werden.

Ratsmitglied Hussong teilt mit, in der Stadt Pirmasens seien Notfallpläne vorhanden und man sei für diese Situation auch gerüstet. Die Wasserversorgung sei in guten Händen, die jedoch die Schaffung von Trinkwasserbrunnen nicht immer überwachen könnten.

Ratsmitglied Weber erklärt, ein Verweis in den Ausschuss sei im Sinne der Stadtratsfraktion AfD.

Ratsmitglied Eschrich zeigt auf, die Anträge der Stadtratsfraktion AfD seien in den Ausschuss verwiesen worden, allerdings würden die Anträge der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI abgefertigt und abgelehnt. Dies sei nicht zufriedenstellend.

Der Vorsitzende schlägt vor, abzustimmen ob der Antrag in den Ausschuss verwiesen werden solle.

Der Stadtrat beschließt bei 11 Gegenstimmen, mehrheitlich den Antrag in den Aufsichtsrat der Stadtwerke zu verweisen.

zu 7.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 11.01.2020 bzgl. "Trinkwasserbrunnen aus dem Grundwasser"

Ratsmitglied Weber stellt den Antrag gemäß dem Antragstext (Anlage 6 zur Niederschrift) vor.

Der Vorsitzende schlägt vor, abzustimmen ob der Antrag in den Ausschuss verwiesen werden solle.

Der Stadtrat beschließt bei 11 Gegenstimmen, mehrheitlich den Antrag in den Aufsichtsrat der Stadtwerke zu verweisen.

zu 7.4 Antrag der FWB-Stadtratsfraktion vom 15.01.2020 bzgl. "Einrichtung eines Audioguide mit dazugehöriger App"

Ratsmitglied Stilgenbauer stellt den Antrag gemäß dem Antragstext (siehe Anlage 7 zur Niederschrift) vor. In Blieskastel sei solch ein Audioguide bereits vorhanden. Mit diesem könnte in Pirmasens die Stadtführung ergänzt werden oder man könne selbst eine Tour planen und dadurch mehr junge Leute ansprechen.

Beigeordneter Clauer teilt mit, er und sein Dezernat stünden dem Antrag offen gegenüber, jedoch solle die neue Homepage abgewartet werden, um diese mit dem Audioguide zu verknüpfen. Auch sollten erst die Kosten gegenübergestellt und dann im Hauptausschuss vorgestellt werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen.

zu 7.5 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 17.01.2020 bzgl. "Erstellung Konzept / Vorstudie zur Einführung einer City App für die Stadt Pirmasens"

Ratsmitglied Dr. Dreifus stellt den Antrag gemäß dem Antragstext (siehe Anlage 8 zur Niederschrift) vor. Für eine City-App könnten Touristen miteinbezogen werden eventuell in Form einer Umfrage. Auch Gespräche mit der Firma Allgeier könnten hier erfolgen. Die App könnte den Standort der Besucher wie zum Beispiel in der Jugendherberge erkennen und daraufhin verschiedene Touren durch die Stadt aufzeigen.

Beigeordneter Clauer teilt mit, auch für diesen Vorschlag sei er offen aber auch hier müssten die Kosten aufgeschlüsselt und dann vorgestellt werden. Eine Alternative zur City-App sei das City-Kit.

Ratsmitglied Hussong zeigt auf, eine City-App sei sinnvoll, da auch junge Leute damit angesprochen würden. Durch solch eine App werde Pirmasens touristisch aufgewertet.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen.

zu 7.6 Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI vom 17.01.2020 bzgl. "Energieeffizienz und Klimaschutz in der Bauleitplanung"

Ratsmitglied Eschrich stellt den Antrag gemäß dem Antragstext (siehe Anlage 9 zur Niederschrift) vor.

Bürgermeister Maas stellt anhand einer Beamerpräsentation (Anlage 10 zur Niederschrift) Energieeffizienz und Klimaschutz in der Bauleitplanung vor.

Ratsmitglied Eschrich schildert, Vorgaben in der Bauleitplanung seien nicht vorhanden, da man sich ausschließlich an der Gesetzgebung orientiere. Durch textliche Festsetzungen könnten erneuerbare Energien vorgeschrieben werden und die Kernpunkte könnten in einer

Zusammenfassung festgehalten werden, um diese als Ratgeber verwenden zu können. Der Klimawandel müsse aufgehalten werden. Textliche Festsetzungen seien notwendig.

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Bebauungspläne der Stadt Primasens schränken die Nutzung von erneuerbarer Energie nicht ein. Somit sei jedem Bauherrn freigestellt, eine Dachform zu wählen, die PV-Anlagen sowie Solarthermie ermöglicht, Kleinwindanlagen zu integrieren oder Erdwärmesonden einzubringen. Jedoch gebe die konkrete gesetzliche Regelung, die Energieeinsparungsverordnung, alle bautechnischen Standardanforderungen zum effizienten Betriebsenergiebedarf eines Gebäudes vor.

Ratsmitglied Eschrich fragt an, ob im Bebauungsplan der Einsatz erneuerbarer Energien festgelegt worden seien.

Bürgermeister Maas erklärt, der Bebauungsplan enthalte keine verpflichtende Nutzung erneuerbarer Energien, da bereits grundsätzlich die Energieeinsparungsverordnung einzuhalten sei.

Ratsmitglied Weiß äußert, der Stadtrat könne keine Vorschriften beschließen, über die er keine Kompetenzen hat. Dies sei im Gesetz festgesetzt, das die Stadt nicht ändern könnte.

Der Vorsitzende erklärt, Bürgermeister Maas habe dargestellt, dass solch eine Regelung bereits durch die Energieeinsparungsverordnung vorhanden sei und die städtische Bauleitplanung bereits die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffe. Des Weiteren sei das Problem nicht der Neubau, da dort bereits strenge Regelungen vorhanden seien, die nicht verschärft werden sollten.

Der Stadtrat lehnt den Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI bei 10 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen, mehrheitlich ab.

zu 7.7 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 28.01.2019 bzgl. "Verbesserung des gastronomischen Angebots in der Fußgängerzone"

Beigeordneter Clauer stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 11 zur Niederschrift) die Konzeptplanung für das Café "Altes Rathaus" vor. Von der Gastronomie sei eine Fläche von 200-250 qm angedacht, im Alten Rathaus seien jedoch 130 qm möglich. Weiterhin seien keine Interessenten vorhanden und auch die Barrierefreiheit sei schwer umzusetzen. Der Umbau würde insgesamt ca. 1,2 Millionen Euro betragen. Die Stadtverwaltung habe für solche Räumlichkeiten auch keinen Bedarf.

Der Vorsitzende fügt hinzu, Herr Weidlich werde weitere Gespräche mit Gastronomen führen.

Ratsmitglied Hussoung teilt mit, Beigeordneter Clauer habe diesen Antrag selbst gestellt, nun lehne er seinen Antrag ab. Bei der Antragsstellung sei bereits aufgezeigt worden, dass die Barrierefreiheit nicht möglich sei.

Ratsmitglied Eyrisch erwidert, der Antrag sei nicht falsch gewesen. Mit dem Antrag wollte man diskutieren, ob es möglich sei solch ein Vorhaben umzusetzen.

Der Vorsitzende zeigt auf, nun sei ein Konzept für das Alte Rathaus aufgestellt worden und Gastronomen könnten auf die Stadtverwaltung zu kommen.

Ratsmitglied Eyrisch schildert, mit der Vorstellung des Konzeptes sei der Antrag abgeschlossen.

zu 7.8 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.08.2019 bzgl. "stationäre Gastronomie im Strecktalpark"

Beigeordneter Clauer erklärt, die Versorgungsleitungen seien geprüft worden und man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass zwischen der Streuobstwiese und Seebühne ein geeigneter Platz sei. Auch das erste Gespräch mit der Universität Kaiserslautern habe bereits stattgefunden. Das neue Semester beginne im Oktober 2020, wo sich Studenten mit diesem Thema beschäftigen werden. Die Arbeiten der Studenten sollten dann im Januar 2021 vorgestellt werden. Bereits jetzt sei klar, dass ein Integrationsbetrieb, so wie in der Sportsbar und im Rheinberger, schwierig werde. Zuerst solle jedoch die Vorstellung der Studenten abgewartet werden.

Ratsmitglied Hussong teilt mit, er finde die Vorgehensweise, den Ideenpool der Universität in Kaiserslautern zu nutzen, gut. Jedoch solle über eine Interimsnutzung im Sommer 2020 vom "Ludwig" nachgedacht werden.

Ratsmitglied Dr. Matheis zeigt auf, das Strecktal sei landschaftlich geplant worden. Und auch viele Bürgerinnen und Bürger wollen keine Bebauung des Landschaftsparks. Auch Initiativen zur Installation von Möbeln im Strecktal seien immer kritisch gesehen und abgelehnt worden. Vorab solle mit den Studenten abgesprochen werden, ob ein größeres oder kleineres Café entstehen sollte.

Ratsmitglied Eschrich fügt hinzu, ein großer Biergarten mit Bestuhlung sei nicht passend sondern ein kleineres überschaubares Bistro. Der Ludwig sei nur eine Notlösung, aber die Gastronomie im Strecktal sei dringend notwendig.

Beigeordneter Clauer erklärt, die Gastronomie müsste in das landschaftliche Bild passen, aber auch hier sei man an das Baugesetzbuch gebunden. Weiterhin sei man personell in der Lage den Ludwig zu betreiben.

Ratsmitglied Weber fragt an, ab welcher Größe eine Toilettenanlage in einer Gastronomie vorhanden sein müsse.

Beigeordneter Clauer teilt mit, sobald ein fester Standort angedacht sei, müsste laut Baugesetzbuch eine Toilettenanlage miteingeplant werden.

Ratsmitglied Hussong erklärt, da geklärt sei, dass eine Gastronomie im Strecktal gewünscht sei, sei nur noch die Ausgestaltung zu besprechen.

Beigeordneter Clauer ergänzt, die Frage ob es eine Gastronomie geben werde sei offen, da dies abhängig von den Kosten sei. Auch sei noch kein Investor vorhanden.

Der Vorsitzende hält abschließend fest, eine Gastronomie im Strecktal sei wünschenswert, allerdings sei zuerst zu klären, wie hoch sich die Kosten belaufen und ob dies wirtschaftlich sei. Auch sei eine Gastronomie im Alten Rathaus wünschenswert. Doch der Unterschied sei, dass in der Innenstadt ein Gebäude ohne Nutzung vorhanden sei und im Strecktal ein Landschaftspark in dem sich schon der Ludwig nicht gelohnt hätte.

zu 8 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 8.1 Beantwortung von Anfragen

zu 8.1.1 Anfrage von Ratsmitglied Eschrich vom 23.09.2019 bzgl. "Sozialer Arbeitsmarkt"

Der Vorsitzende erklärt, in der Stadtratssitzung sei eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zugesagt worden. Herr Schwarz habe zeitnah eine Stellungnahme an die Verwaltung gesendet. Der Sitzungsdienst habe die Beantwortung heute in Session zur Verfügung gestellt und bittet das Versäumnis zu entschuldigen.

zu 8.2 Informationen

zu 8.2.1 Wechsel Fraktionsvorsitz und Niederlegung des Stadtratsmandates bei der Stadtratsfraktion AfD

Der Vorsitzende informiert, dass Frau Claudia Sofsky als stellvertretende Fraktionsvorsitzende zurückgetreten sei. Alleinige stellvertretende Fraktionsvorsitzende bleibe Frau Schunk. Frau Claudia Sofsky habe schriftlich mitgeteilt, dass Sie ihr Mandat als Stadtratsmitglied niederlege. Nachrücker für Frau Sofsky sei Herr Thomas Heil, ein entsprechendes Schreiben sei heute versandt worden.

zu 8.2.2 Vorschlag für die Resolution von der SPD

Der Vorsitzende informiert über den Vorschlag der SPD für die Resolution und den Einsatz von Frau Glöckner. Am 18.09.2019 habe ein Treffen zwischen ihm, Frau Glöckner, Frau Schäfer und Frau Freihold stattgefunden, die sich ebenfalls für die Resolution ausgesprochen hätten.

Eine Resolution könne nur auf den Weg gebracht werden, wenn diese auch beim Land eingebracht werde. Das Land müsste sich beteiligen, dass sehe man an der Belastung des städtischen Haushalts. Im Stadtrat am 10.02.2020 werde die Resolution vorgelegt.

Ratsmitglied Eyrisch möchte klarstellen, dass die Resolution sich an das Land sowie an den Bund richten müsse. Der Vorschlag liege der CDU noch nicht vor. Sie bittet um die Zusage. Noch besser sei allerdings eine Beschlussvorlage.

Ratsmitglied Dr. Matheis teilt mit, der Bund müsse miteinbezogen werden, um auch im Bündnis dafür eintreten zu können. Daher solle sich die Resolution an Bund und Land richten, um zu klären, welche Beiträge von wem getragen würden.

Ratsmitglied Hussong zeigt auf, die Stadtratsfraktion SPD werde für die nächste Stadtratssitzung am 10.02.2020 einen Resolutionstext einreichen. Er stimmt dem Vorgehen, auch den Finanzierungspartner, somit das Land mit einzubeziehen, zu.

zu 8.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 8.3.1 Rückzahlungsverpflichtung Fördergelder Messe Pirmasens GmbH

Ratsmitglied Weber stellt die Anfrage vor: "Die Verluste der Messe Pirmasens GmbH werden jährlich durch die Stadt Pirmasens als Hauptgesellschafter ausgeglichen. Im aktuellen Haushalt 2020 sind wir aufgefordert, einer Verlustübernahme in Höhe von 2.155.850 Euro zuzustimmen.

Investitionen zur Erhaltung der Bausubstanz sind nötig und sinnvoll und grundsätzlich möchten auch wir Pirmasens als Messestandort erhalten, jedoch nicht um jeden Preis.

Millionenzuschüsse des Landes sind zweckgebunden geflossen und müssten zurückgezahlt werden, sollte der Messebetrieb eingestellt werden. Inzwischen jedoch dürfte die Summe der jährlichen Verluste die Höhe der Fördergelder bereits weit übersteigen. Aus diesem Grund möchten wir wissen:

1. Über welchen Zeitraum besteht die Rückzahlungsverpflichtung der Zuschüsse?
2. In welcher Höhe müsste die Stadt Pirmasens Zahlungen leisten, sollte der Messebetrieb eingestellt werden?"

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 8.3.2 Statistik Fluchtmigration

Ratsmitglied Weber verweist auf die zuvor zugesendete Anfrage bezüglich Fluchtmigration:

„Über diverse Medien (u.a. die Pirmasenser Zeitung) wird die Öffentlichkeit von Zeit zu Zeit über zurückgehende Flüchtlingszahlen informiert. Überschriften, wie z.B. „weniger Flüchtlinge, weniger Anerkannte“ oder „...Zahl der Asylbewerber offenbar erneut gesunken...“, sollen offenbar ein völlig falsches Bild der tatsächlichen Situation vermitteln, denn die zunehmende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund kann jeder mit eigenen Augen in den Straßen unserer Innenstadt sehen.

Einige Gruppen werden in den veröffentlichten Statistiken überhaupt nicht erfasst. Ändert sich z.B. der Aufenthaltsstatus einer Person und erhält diese eine Niederlassungserlaubnis, zählt sie nicht mehr zu den „Personen im Kontext von Fluchtmigration“. Auch der Familiennachzug wird nicht in Statistiken über Asylbewerber erfasst, da „nachziehende“ Familienangehörige selbst gar keinen Antrag stellen müssen.

Weiterhin bedeutet die seit März 2018 geltende Zuzugssperre nicht etwa, dass keine neuen Zuwanderer nach Pirmasens kommen.

Kindergarten oder Kitas mit einem hohen Migrantenanteil stellen nicht nur Mitarbeiter vor besondere Probleme, z.B. die öffentlich diskutierte „Lutherkindergartenaffaire“. Da sich Herr OB Zwick - laut Pirmasenser Zeitung - persönlich für die muslimische Arztfamilie einsetzen wollte, nehmen wir an, dass eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden werden konnte. Wir möchten nicht weiter auf diesen Einzelfall eingehen und setzen voraus, dass sich unser OB auch für jede sonstige Familie und Alleinerziehende in Pirmasens persönlich einsetzen würde, um ihren Wunschkindergarten zum Wunschzeitpunkt zu bekommen.

Vor diesem Hintergrund, bittet die AfD-Fraktion um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Asyl- bzw. Schutzsuchende wurden im Zeitraum von 2010 bis 2019 in Pirmasens aufgenommen (bitte nach Kalenderjahren aufschlüsseln)?
2. Wie viele Asyl- bzw. Schutzsuchende haben im Zeitraum von 2010 bis 2019 Pirmasens wieder verlassen (bitte nach Kalenderjahren aufschlüsseln)?
3. Wie hat sich die Gesamtzahl der in Pirmasens lebenden Asyl- bzw. Schutzsuchenden im Zeitraum von 2010 bis 2019 entwickelt? Bitte jeweils zum Stichtag 31. Dezember [bzw. 30.06 2019] aufschlüsseln nach a) offen, b) anerkannt und c) abgelehnt.
4. Wie hat sich die Zahl der geduldeten Asyl- bzw. Schutzsuchenden im Zeitraum von 2010 bis 2019 in Pirmasens entwickelt? Bitte jeweils zum Stichtag 31. Dezember [bzw. 30. Juni 2019] aufschlüsseln.
5. Wie viele Ausreisen ausreisepflichtiger Ausländer konnten im Zeitraum von 2010 bis 2019 realisiert werden? Bitte aufschlüsseln nach a) Abschiebungen und b) freiwilligen Ausreisen je Kalenderjahr.
6. Wie hat sich die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) im Zeitraum von 2010 bis 2019 in Pirmasens entwickelt? Bitte jeweils zum Stichtag 31. Dezember [bzw. 30. August 2019] aufschlüsseln.
7. Wie viele „ehemalige“ Asylbewerber, d.h. Personen, deren Asylverfahren entschieden wurde und somit nicht mehr als „Asylbewerber“ statistisch geführt werden, leben in Pirmasens? Bitte Entwicklung seit dem Jahr 2010 jeweils aufschlüsseln.
8. Wie viele (anerkannt) Asyl- und Schutzberechtigte (inkl. subsidiärer Schutz, internationales Abschiebungsverbot und Härtefälle) sind in der Stadt Pirmasens untergebracht?
9. Wie viele (rechtskräftig) abgelehnte Asylsuchende sind in der Stadt Pirmasens untergebracht (wenn möglich mit Angabe, ob mit oder ohne Duldung bzw. Aufenthaltsgestattung)? Bitte die jährliche Gesamtzahl Stichtag 31.12. aufschlüsseln. Aktuelle Zahl aus 2019 bitte ebenfalls angeben.
10. Wie viele Personen mit Asylberechtigung gem. Artikel 16a GG leben in Pirmasens, wie viele Personen wurden 2010-2019 jeweils anerkannt, wie viele Personen haben Schutz nach der Genfer Konvention erhalten, wie viele Personen subsidiären Schutz etc. – bitte Schutzstadien nach Jahren komplett aufschlüsseln.
11. Wie viele Reisen ins Heimatland wurden in Pirmasens von Asylbewerbern im Asylverfahren oder bei „ehemaligen“ Asylbewerbern mit Anerkennung, Ausreisepflicht oder Duldungsvariation verzeichnet? Wurde dies von der Ausländerbehörde ans BAMF gemeldet? Falls ja, hatte eine solche Meldung in einem Fall eine Konsequenz für das Asylverfahren?
12. Wie viele Kinder von Asylbewerbern bzw. „ehemaligen“, bereits entschiedenen Asylbewerbern wurden zwischen 2015 und 2019 in Deutschland geboren und leben in Pirmasens? Wie verteilen sich die Geburtenzahlen auf anerkannte bzw. abgelehnte (ehemalige) Asylbewerber bzw. Ausreisepflichtige?
13. Laut einer Anfrage aus 2017 lebten zum Stichtag 31.12.2017 124 Personen als Familiennachzügler in Pirmasens.
 - a. Wie viele Personen kamen seit 01.01.2018 im Rahmen des Familiennachzugs nach Pirmasens?

b. Wie viele Personen kamen seit 2015 im Rahmen eines „Resettlement-Programms“ nach Pirmasens?

c. Aus welchen Herkunftsstaaten kommen die jeweils zugezogenen Personen 2017 –2019? Wie viele davon leben aktuell von Transferleistungen?

Aufenthaltsstatus und Anspruch auf Niederlassungserlaubnis

14. Wie viele Personen im Kontext der Fluchtmigration haben zwischen 2010 und 2019, in Pirmasens lebend, die deutsche Staatsangehörigkeit erlangt?

15. Wie viele Personen, die ehemals in einem Asylverfahren waren, haben zwischen 2010 und 2019 eine Niederlassungserlaubnis erhalten.

16. Wer als asylberechtigt anerkannt wurde, als Flüchtling nach der Genfer Konvention gilt oder als Resettlement-Flüchtling Aufnahme fand oder eine Aufenthaltserlaubnis aus anderen humanitären Gründen besitzt, kann nach gestaffelten zeitlichen Fristen und Voraussetzungen eine unbefristete Niederlassungserlaubnis beantragen.

a. Wie viele Personen haben zwischen 2010 und 2019 hiervon Gebrauch gemacht?

b. Wie hoch ist die jährliche Anzahl der Personen, die die Mindestdauer für den Aufenthalt zur Stellung eines Antrags auf unbefristete Niederlassungserlaubnis im Jahr 2021-2025 voraussichtlich erfüllen werden?

Bitte einzeln aufschlüsseln und nur auf das Zeitkriterium abstellen.

Freiwillige Ausreisen

17. Wie viele freiwillige Ausreisen wurden in Pirmasens 2015 bis 2019 finanziell gefördert (Gesamtsumme pro Jahr)? Bitte Rückkehrländer mit angeben.

Verwendung von Integrationsmitteln

Für die Jahre 2018 und 2019 hat die Stadt Pirmasens vom Land 1.055.874,20 Millionen Euro aus der sogenannten Integrationspauschale des Bundes erhalten. § 3a Abs. 1 Landesaufnahmegesetz gibt vor, dass diese Mittel der „Entlastung bei den Aufwendungen im Zusammenhang mit der Integration insbesondere von Asylbegehrenden, Asylberechtigten und anderen Geflüchteten“ dienen.

18. Welche Organisationen, Projekte, Maßnahmen oder Angebote wurden 2018 und 2019 in Pirmasens mit welchen Beträgen aus den eingangs genannten Integrationsmitteln gefördert?

19. Wie viele Personen konnten mit den geförderten Integrationsangeboten in Pirmasens erreicht werden?

20. Welche Zielgruppen konnten mit den geförderten Integrationsangeboten in Pirmasens erreicht werden?

21. Unter welchen Kriterien bzw. Voraussetzungen können Mittel aus der Integrationspauschale seitens der Fördernehmer beantragt werden?

22. Existiert diesbezüglich ein fester Kriterienkatalog bzw. eine Förderrichtlinie?

23. Inwiefern sind die aus der Integrationspauschale zugeteilten Mittel zweckgebunden?

24. Inwieweit besteht für die Fördernehmer eine Rechenschafts- bzw. Nachweispflicht über die zweckmäßige Verwendung der Mittel?

25. Wurden vom Land zugeteilte Mittel aus der Integrationspauschale im städtischen Haushalt zweckfremd eingeplant? Wenn ja, wofür, in welchem Umfang und mit welcher Begründung?

26. Wie beurteilt die Verwaltung die aktuelle Situation hinsichtlich der Integration von Zugewanderten in Pirmasens?

27. Worin sieht die Ortsverwaltung seit 2015 Fortschritte hinsichtlich der Integration von Zugewanderten in Pirmasens?

28. Wo sieht die Verwaltung weiterhin Probleme bzw. Herausforderungen hinsichtlich der Integration von Zugewanderten in Pirmasens?

29. Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Verwaltung diesen Problemen und Herausforderungen zu begegnen?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung unserer Fragen.“

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 8.3.3 Digitalisierung der Verwaltung

Ratsmitglied Dr. Dreifus stellt die Anfrage vor.

“Die Firma Allgeier ES – ein weltweit tätiges Softwareunternehmen – hat im Jahr 2019 im Rheinberger-Gebäude eine Niederlassung eröffnet, in der mittlerweile mehr als 70 Informatiker und Softwareingenieure beschäftigt sind.

Das Unternehmen hat eine herausragende Expertise im Bereich der Digitalisierung, auch komplizierter Prozesse. Referenzen wie das Portal des Finanzamtes „ELSTER“, Lösungen für Lufthansa und Lidl bestätigen diese Kompetenz.

Die Allgeier ES hat Interesse bekundet, den Landkreis Südwestpfalz und die beiden Städte Pirmasens und Zweibrücken bei der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen zu unterstützen.

Dies bietet nach unserer Auffassung die große Chance, im Zuge einer Kooperation der Verwaltungen die beiden Städte und den Kreis zu einer Modellregion für die Digitalisierung zu entwickeln.

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann dabei zum einen den Service für die Bürgerinnen und Bürger erheblich verbessern und vereinfachen und bietet zum anderen erhebliche Effizienz- und Kostenpotenziale.

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann auch regionale Kooperationen initiieren, fördern und beschleunigen und so einen wesentlichen Beitrag zu der im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform geforderten Effizienzsteigerung der kommunalen Verwaltungen leisten.

Dazu folgende Fragen an die Verwaltung:

Sind zu diesem Thema bereits Gespräche mit der Firma Allgeier ES geführt worden und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Welche Potenziale sieht die Verwaltung im Rahmen einer solchen regionalen Digitalisierungsinitiative?

Welche Verwaltungsprozesse im Sinne von Effizienzsteigerungen und Verbesserung der Servicequalität“

Der Vorsitzende teilt mit, die Verwaltung sei mit der Digitalisierung weit vorangeschritten. Mit der Firma Allgeier stehe man bereits in Kontakt und das Angebot der Firma Allgeier sei spannend.

Die Digitalisierung sei personell neu ausgerichtet aus der eigenen Verwaltung. Zuständig sei Herr Jörg Ehrgott, der in den nächsten Monaten über die Digitalisierung informieren werde.

Dieses Thema betreffe viele bzw. alle Kommunen weshalb dies ein wichtiger Prozess sei. Zurzeit werde eine Dienstvereinbarung mit dem Personalrat ausgearbeitet.

zu 8.3.4 Ecke Blocksbergstraße / Berliner Ring

Ratsmitglied Wink teilt mit, an der Ecke Blocksbergstraße und Berliner Ring sei in der Kurve ein Zebrastrifen, der abends orange beleuchtet sei. Durch diese Beleuchtung seien die Kinder nicht ersichtlich.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 8.3.5 Kontrollen an der Berufsschule

Ratsmitglied Wink fragt an, ob an der Berufsbildenden Schule und der Grundschule Robert-Schuman-Schule, Kontrollen vom Ordnungsamt und der Polizei durchgeführt werden könnten. Dort werde öfter zügig über die Ampel gefahren, die oft auch nicht mehr „grün“ zeige.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 8.3.6 Parkplatz Westwall-Museum

Ratsmitglied Wink fragt an, ob ein neuer Sachstand bezüglich des Parkplatzes am Westwall Museum vorhanden sei.

Der Vorsitzende erklärt, das Gesamtkonzept vom Land liege noch nicht vor.

zu 8.3.7 Windows 7

Ratsmitglied Dr. Dreifus fragt an, ob auf den städtischen Computern Windows 7 verwendet werde und wenn ja auf wie vielen dies der Fall sei.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 8.3.8 Rauchfreier Bahnhof

Ratsmitglied Dr. Dreifus stellt die Anfrage vor.

„Es häufen sich die Beschwerden, bezüglich weggeworfener Zigarettenskippen am Hauptbahnhof in Pirmasens (vor allem im Wartebereich an den Gleisen) - was insbesondere für ankommende Touristen aber auch für Einheimische kein schönes Bild hinterlässt. Ferner

werden wartende Fahrgäste und insbesondere Kinder durch Zigarettenqualm belästigt. In diesem Kontext bitte ich die Verwaltung mit der Bahn folgende Punkte abzustimmen:

- Deklaration des Hauptbahnhof Pirmasens als "Rauchfrei" und Abstimmung wie die Einhaltung kontrolliert werden kann
- Falls dies nicht möglich ist - Ausweisen eines gesonderten Bereichs zum Rauchen mit ausreichend Abstand zu den wartenden Fahrgästen und Abstimmung wie die Einhaltung kontrolliert werden kann"

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 8.3.9 Bushaltestelle „Am Häusel“

Ratsmitglied Zipf teilt mit, in der Straße "Am Häusel", 1. Mittelweg, sei der Unterstellplatz an der Bushaltestelle abgerissen worden. Sie fragt an, ob ein neuer Unterstellplatz geplant sei und wenn ja, wann dieser neu gebaut werde.

Der Vorsitzende sagt einer Prüfung zu.

zu 8.3.10 Ausbau Gersbacher Straße

Ratsmitglied Kiefer teilt mit, im letzten Bauabschnitt sei eine Einbahnregelung sowie eine Ampelregelung geplant, wodurch mit Stau gerechnet werde. Sie stellt zwei Alternativen vor (siehe Anlage 12 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 8.3.11 Bundespreis Stadtgrün

Ratsmitglied Fremgen teilt mit, 2020 werde der Bundespreis "Stadtgrün" verliehen und der 1. Platz sei mit 100.000€ dotiert. Er fragt an, ob sich die Stadt bewerben werde.

Bürgermeister Maas erklärt, zurzeit würden zwei Wettbewerbe geprüft. Das Projekt Blühwiesen habe im letzten Jahr großes Interesse auch bei Betrieben ausgelöst. Auch habe man mehrere Anfragen von Schulen erhalten, ob Partnerschaften mit AG's entstehen könnten. Im März 2020 werde die erste Bewerbungsfrist enden, auf die man sich bewerben werde.

zu 8.3.12 1. Boule-Verein Pirmasens e.V.

Ratsmitglied Welker stellt die Anfrage vor.

"Der 1. Boule-Verein Pirmasens ist ein sehr aktiver Verein, der mittlerweile deutschlandweit, aber auch international an Turnieren teilnimmt und dort immer Pirmasens vertritt.

Dies wären z.B. Turniere in Travemünde (größtes in Deutschland) oder auch Marseilles (größtes weltweit).

Der Verein hat selbst drei Mannschaften, von denen zwei in der Bezirksliga und die dritte, da sie an der Bezirksliga 2019 Meister wurde, in die Regionalliga aufsteigt.

Zudem richtet der Verein für die Deutsche Meisterschaft Qualifikationsspiele aus, zu denen bis zu 60 Mannschaften kommen.

Am Schlappenflicker-Turnier sprechen wir sogar von bis zu hundert Mannschaften. Auch die Ausrichtung einer Deutschland-Meisterschaft wurde bereits angedacht, welche für Pirmasens etliche Übernachtungsgäste bedeuten würde.

Nun zur Anfrage:

Zurzeit hat der Verein ein Spielgelände in Niedersimten von Herrn Bossert gepachtet. Dieser baut das Gelände jedoch in naher Zukunft zu einem Ponyhof um. Die Plätze des Boule-Vereins sind im Bebauungsplan zwar aufgenommen, eine Ausrichtung von Turnieren oder Qualifikationen ist allerdings in diesem Rahmen aus Platzgründen nicht mehr möglich.

Optimale Bedingungen wären ein Sportheim oder ähnliches und ein Spielfeld in der Größe von etwa einem Fußballplatz.

Sieht sich die Stadtverwaltung in der Lage, den Verein zu unterstützen und ihm eine Anlage zur Verfügung zu stellen.“

Der Vorsitzende sagt eine Kontaktaufnahme mit dem Verein zu.

zu 8.3.13 Hundefreilauffläche am Eisweiher

Ratsmitglied Vogel fragt an, ob eine Hundefreilauffläche am Eisweiher geplant sei.

Der Vorsitzende erklärt, die Hundefreilauffläche am Neuffer sei bereits umgesetzt, in der Fröhnstraße sei man derzeit am Umsetzen und am Eisweiher gebe es konkrete Überlegungen für eine Hundefreilauffläche.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 17.50 Uhr.

Pirmasens, den 12. März 2020

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Anne Vieth
Protokollführung